

Preussischer Landtag.

Oberhaus.

10. Sitzung am 28. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Herr von der Rede, Schöffelst Dr. Michael u. a.

Auf eine Anfrage des Herrn v. Böttcher erwidert Minister Schöffelst, daß auch er die Vorschläge für ein großes Hebel- und Verschiebe- und entgegensteuert, wenn es auch bis jetzt nicht gelungen ist, dieselben in wissenschaftlicher Weise einzubringen.

Herr von der Rede bittet den Minister um ein neues Geschäftsgebäude in Weitzkau.

Minister Schöffelst stellt ein solches in Aussicht, für das schon weitgehende Vorbereitungen getroffen seien.

Herr Oberbürgermeister Schmieding berichtet über eine Anzahl Petitionen im Schulbereich der Justizverwaltung um Gehaltsaufbesserung.

Gehaltsaufbesserung bittet, daß die Militärväter der Justizverwaltung in allen ihren berechtigten Ansprüchen vollkommen berücksichtigt werden, wie der Kriegsminister selbst anerkannt habe.

Minister Schöffelst erwidert, daß nach einer genauen Prüfung sich ergeben habe, daß ein Bedürfnis für ein solches neues Amtsgeld nicht vorliege.

Die Petitionen um Militärvätern im Justizdienst auf Erleichterung des Vorbereitungsdienstes werden der Regierung als Material überwiesen.

Herr Minister a. a. erwidert.

Oberbürgermeister Schmieding, anschließend abhändeln würden die Rechte der Gemeinden in Bezug auf das Schulwesen immer mehr zurückgehen, immer mehr die Schulen in viel zu großen Umfängen als reine Staats-Anstalten hin, und allmählich sei auch den Vertretern der Städte die Aufsicht verdrängt, daß die Rechte der Gemeinden auf diesem Gebiete beeinträchtigt würden.

Kollektionen können insoweit nicht sein, vornehmlich in der Schulaufsicht, da dort das Recht sich geltend macht, die Schulverwaltung immer mehr in die Verantwortung zu ziehen und ihnen sogar eine Aufsicht über die Schulverhältnisse einzuräumen. Streitet sich auch das Recht auf die Anstellung von Lehrern, auf das die Gemeinden aus einem Anspruch zu haben glauben.

Das bestehende Recht sei in dieser Hinsicht sehr verchieden auslegungsfähig. Erwidert sich ebenfalls, daß nicht auch bei der Anstellung der Lehrer die Verantwortung der Gemeinden stattfinden müsse. Und so hinsichtlich in manchen Punkten Meinungsverschiedenheiten. Die Vertreter der Städte im Herrenhaus hätten alle Veranlassung, hier solche Fragen vorzubringen.

Minister Dr. Boffe erwidert, daß die Regierung der Mitteilung der Städte auf dem Gebiete des Schulwesens nicht entgegen sei, und es sei ein völlig unzulässiges Verordnen der Städte immer Opfer für das Schulwesen aufzulegen und ihnen dann ihr Recht zu bestreiten. Eine solche Lebensweise würde ihm durchaus nicht, und er müsse gegenbellige Ansichten einbringen zurückweisen. Die Gemeindeväter sollten auch in Zukunft Gemeindeväter bleiben und es hinsichtlich nicht, sondern reine Staatsbehörden zu machen. Das Aufsichtsrecht des Staates werde in durchaus milder Weise ausgeübt und den Gemeinden die Verwaltung der Schulen überlassen. In die Rechte der Schulverwaltung einzugreifen, lege ihm vollkommen fern, nur müsse er verlangen, daß die Gemeindeväter zu diesen Deputationen zugelassen werden, und daß gewisse einzelne Besonderefälle würden von ihm eingehend und wohlwollend geprüft. Regierung und Selbstverwaltung müßten auf diesem Gebiete um Hilfe des Vorkandes zusammenwirken.

Oberbürgermeister Schneider bittet den Minister, die obigen Punkte, die allgemein als Bedauernde betrachtet werden, genau zu prüfen und dann die Bestreuerungen anzustellen, wenigstens einheitlich in Bezug auf diese Punkte zu verfahren. Mehreres ist ihm im übrigen den Klagen des Oberbürgermeisters Schmieding an und betont noch in besonderen, daß die Gemeinden nicht einmal einen Schulrat machen könnten, ohne daß die Regierung das Recht habe.

Oberbürgermeister Wolckmann wünscht eine staatliche Subvention für die St. Volksschule in Döhring.

Oberbürgermeister Bender betont, daß die Stellungnahme der staatlichen Aufsichtsbehörden ein schwerer Druck für die Gemeinden seien, das erkläre sämtliche Mitglieder der städtischen Behörden ohne Ausnahme der Vorteil an. Der Staat müsse ein anderes Verfahren hier einschlagen. Die Selbständigkeit und Freiheit der Gemeinden müsse gewahrt bleiben, nur dann könne sie ihre Aufgaben richtig erfüllen. Manche Vorschriften des Staates in Bezug auf die Schulen seien sogar seiner Aufsicht nach vollkommen widersprüchlich. Infolge der vielen von Fall zu Fall erlassenen Verfügungen herrsche fast in jeder Stadt ein anderes Schulrecht.

Minister Dr. Boffe bemerkt, daß der Vorredner eigentlich nur über den staatlichen Zustand der Schulaufsicht, wie sie sich durch Gesetz gestaltet habe, gefragt habe und nicht über die Handhabung derselben. Eine Mitwirkung der Schulaufsicht in der Schulverwaltung sei durchaus notwendig, wenn die Schulen besser werden sollten. Einen Teil der Disziplinargewalt über den Lehrer auf die Städte zu übertragen, wie das Vorkand verlangt habe, scheint ihm ebenfalls nicht angebracht. Eine starke Hand müsse diese Disziplin führen. Das sei heute nicht anders als es.

Herr v. Böttcher äußert Bedenken gegen eine erlässene Anweisung für die Landgemeinden des Regierungsbezirks Merseburg. Durch diese Anweisung habe die Regierung seiner Ansicht nach ihre Bezugnahme überschritten und in das Recht der Schulverwaltung eingegriffen.

Minister Dr. Boffe erwidert, daß diese Verordnung ohne Wissen der Centralbehörde erlassen sei. Die Bedenken seien nicht ohne Bedeutung gewesen, wenn die Verordnung auch sehr weitgehend gewesen sei. Die Regierung sei allerdings etwas zu eigenmächtig und bürokratisch vorgegangen, und eine Revision dieser Verfügung werde nimmermehr stattfinden. Die Sache sei in Ruhe.

Oberbürgermeister Bender hebt nochmals hervor, daß die von den Städten erhobenen Klagen berücksichtigt seien.

Graf Bieten-Schwerin bemerkt, aus allen diesen Klagen müßte der Minister doch sehen, daß es ohne ein allgemeines Schulgesetz nicht mehr geht. Wir befinden uns jetzt in einem rechtlichen Zustande. Er könne den Minister nur dringend davor warnen, alles mit allgemeinen Anweisungen ordnen zu wollen, nur ein Gesetz könne Ordnung schaffen.

Minister Dr. Boffe erwidert, daß ein allgemeines Schulgesetz noch nicht erlassen werden könne. Nur auf die Methode und den Zeitpunkt bezogen sich die Differenzen in Bezug auf ein allgemeines Schulgesetz. Es liegt ihm nichts mehr am Herzen als die schrittweise Schule zu erhalten und sobald als möglich durch Gesetz zu sichern.

Herr v. Schenck-Carolath verwendet sich für das

höhere Vorkandessen des Botanischen Gartens in Berlin als Leiter. Bittet, daß die Aufsicht auf seinen Fall und die Regierung möge der Stadt in Bezug auf den Ankauf des Botanischen Gartens entgegenkommen.

Oberbürgermeister Schneider bemerkt, daß das neue Verordnungsgebäude den Städten zu sehr bevorzugen würde, daß die Städte am liebsten mehr zahlen müßten, daß aber in Zukunft die Städte den gegenwärtigen Einklang des Gesetzes kennen lernen würden.

Oberbürgermeister Bender betont ebenfalls, daß das Gesetz die Städte schlechter stelle als früher. Es würde den Städten dadurch größere Kosten verursachen.

Minister Dr. Boffe nimmt nochmals das Gesetz gegen die Grundrente in Schutz. In einigen Jahren werde in den Pensionen ein Ausgleich stattfinden und dann würden die Pensionisten in Bezug auf Stadt und Land unter gleichen Verhältnissen stehen.

Oberbürgermeister Schneider bittet das annehmen, und meint, die Städte würden durch das Pensionistengesetz dem Lande gegenüber dauernd benachteiligt.

Oberbürgermeister Schmieding schlägt sich für an.

Minister Dr. Boffe bemerkt dem Hingegen Carolath gegenüber, daß er sich freuen würde, wenn der Botanische Garten als freier Platz erhalten bleibe. Jedoch könne der Staat der Stadt das wertvolle Terrain unmöglich freigeben, da der Staat selbst das Geld dringend brauche. Staat und Stadt könnten ja mit einander über den Botanischen Garten verhandeln.

Darauf wird der ganze Staatshaushalt-Etat nebst Etatsgesetz bestimmt angenommen.

Sodann wird die Tagesordnung erledigt.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition des Carl Baack in Rüdch wird als zur Erörterung im Plenum angelegt erklärt.

Eine Petition des Vorhandes des westpreussischen Städtetages um Aufhebung des Gemeindefiskus-Vertrages der unmittebar und mittelbaren Staatsbeamten wird der Regierung als Material überwiesen.

Eine Petition des H. Wilmann u. Gen. namens des Grundbesitzer-Vereins in Schmieditz um Verringerung der gesetzlichen Bestimmungen über die Grund- und Gebäudesteuer erwidert das dem Herrn durch Ueberragung zur Tagesordnung zu kommen.

Die Petition des H. Wilmann erwidert wird nach kurzer Debatte darauf der Bericht über die Vorlage betreffend die in der Zeit vom 1. Oktober 1892 bis 30. September 1895 landesrechtlich erteilten Konzessionen zum Bau von Eisenbahnen und betreffend die Entwicklung des Eisenbahnwesens.

Darauf ist Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung unbestimmt, voranschlägt aber Ende April oder Anfang Mai.

Schluss 30. Mrz.

Provinzialnachrichten.

Vergleichende Impriberische gegen den Kohlsant der Schwärze.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen hat neuerdings beschlossen, im Interesse einer erfolgreichen Bekämpfung der Schwärzekrankheit angelegentlich vergleichende Impriberische nach dem Vorkand der Provinz erwidert und der Provinzialverwaltung andererseits anzuführen zu lassen, um dadurch festzustellen, welches von beiden Verfahren zur Zeit die größten Erfolge aufzuweisen hat.

Die Landwirtschaftskammer hat ein entsprechendes Rundschreiben an sämtliche landwirtschaftliche Vereine ergehen lassen, in dem mitgeteilt wird, daß den Landwirten, die sich bereit erklären, solche vergleichende Impriberische in ihrem Schwärzegebiet auszuführen zu lassen, die dazu erforderlichen Impriberische unentgeltlich geliefert werden sollen.

Die Vereinsvorsände sind weiter aufgefordert worden, auf der nächsten Vereinsversammlung oder in anderer geeigneter Weise baldmöglichst Umfrage zu halten, welche Vereinsmitglieder sich zur Ausführung der Versuche bereit finden würden und alsdann Namen und Wohnort der betreffenden Mitglieder mitzutheilen. Außerdem wird gebeten, von jedem Vereinsvorsitzer den Vorsitz zu erlangen zu lassen, der die Impfungen ausführen will, weil letzteren die erforderlichen Impriberische direkt überhandt werden müssen, und weil auch wegen der Durchföhrung der Versuche mit dem Direktor noch näher in Verbindung zu treten ist. Ferner ist erforderlich, daß mitgeteilt wird, welche Impriberische jetzt sich verwendende Landwirte zur Verfügung zu stellen hat, in welchem Alter sich die Tiere befinden, und welches Lebensalter diese einzelne Tiere besitzen, mit danach die Befreiung der Impriberische mit zu erfolgen hat.

Die Meldungen hierzu haben bisher nicht zu erfolgen, weil die Versuche bereits im Laufe des April angestellt werden sollen, es ist nicht vorzuziehen, sie weiter hinauszuziehen, da in der folgenden wärmeren Jahreszeit der Wohlstand am häufigsten auftritt und es dann sehr leicht vorkommen kann, daß eine Menge der Versuchstiere den Krankheitsfällen schon vor Beginn des Versuches in die Welt trug. Dadurch aber würde die richtige Beurteilung der Versuchsergebnisse sehr erschwert werden.

In Aussicht auf die großen Vorteile, die alljährlich den Kulturten des Rindviehs zu erwachsen, hat zu erwarten, daß mit diesen Versuchen in den Kreisen unserer Landwirte auf weitestem Entgegenkommen gerechnet werden darf und viele Annehmungen mit den erforderlichen näheren Angaben an die Landwirtschaftskammer eingehen werden.

Zeit, 30. März. Zum Raubmord an dem Bankier Schneider geben uns von unterrichteter Seite folgende Mitteilungen zu: Dem Ostpreussischen des in nächster Nähe der Gegend des Dorfes Wollschütz erlösen der Landwirtsch. und Gutsbesitzerfamilie in Hainichen bei Pils, und beschuldigt sich und seinen Inspektor des Mordes an dem Bankier Schneider. Der Ostpreussische der ihn der That nicht für fähig hielt, transportierte ihn zur Polizei nach Pils. Schuld machte einen so anormalen Eindruck, daß die Polizei dem Vernehmen nach beschloß, ihn auf seine geistige Zurechnungsfähigkeit ärztlich untersuchen zu lassen, und ihn dem Krankenhause übergeben. Die Verwaltung wurde einstimmt verurteilt. Schuld hat bei dem Ostpreussischen gemacht an, daß Schneider mit seinem Vater Geldgeschäfte gemacht habe, die am Ende dahin führten, daß das schöne väterliche Gut in Hainichen verkauft wurde und somit den Kindern verloren ging.

Am 29. März. In G. (Glasmarer). In vergangener Woche waren im Ausstellungssaale der hiesigen Kunstabteilung 28. Frauke wiederum eine Reihe interessanter Glasarbeiten ausgestellt, welche als Bekannte, a. Th. von Kunstmannen für die Strichen in Leuchten, Gemälden, Sirenen

in Saalen und Wohnzimmern bestimmt sind und durch ihre farbenreiche Ausführung allgemeine Anerkennung fanden.

Am 28. März. (Eisenbahnbau). Der Bau der Eisenbahn zwischen Hamburg und Berlin wird fortgesetzt. Man hofft, daß noch im Laufe dieses Jahres der Betrieb, wenigstens auf der Strecke zwischen Hamburg und Berlin, eröffnet werden kann. Die neue Linie stellt sich als ein Mittellinie dar zwischen der Thüringer Staatsbahn und der hiesigen verstaatlichten Staatsbahn, durch welche also einen äußerst fruchtbaren und sehr industrireichen Landstrich. Ferner werden geplant: eine Eisenbahn von Eisenberg (Königsberg, Altburg, Sommerberg) nach Bärge-Hoda, eine Eisenbahnlinie von Bärge-Hoda (Kreis Gerdorf) nach Wehe (Kreis Zuerst). Weiteres Kommissio sind mit den Vorberhandlungen eifrig beschäftigt.

Y. Gangerhausen, 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Am 28. März. (Kreistag). Im heutigen Kreistage wurde der Bau eines Kreisbahnhofs mit einer Dienstwohnung für den Landrat gemäß dem Antrage des Kreisbahnhofs beschlossen. Der Bauplan soll 29.000 M., der Bau selbst für 125.000 M. veranschlagt. Ein Antragssteller der Stadt Y. Kreistag hat Kreisbahnen in Y. zu errichten, da Y. bereit ist, dem Kreise einen freien Bauplatz und 20.000 M. dar zu geben, wurde abgelehnt. Ebenso erfuhr der Antrag weiterer Kreisbahnen auf Wittenberg mit Kreisbahnen auf Kreisbahnen abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag, die Kreisbahnen auf Kreisbahnen zu errichten, wurde ebenfalls abgelehnt.

Maschinenfabrik u. Reinecke & Andag, Gr. Maustz. 40, Grösste Auswahl am Markt, Billigste Preise.

